

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Willy-Brandt-Straße 5

38226 Salzgitter

Ihre Nachricht: SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0037

SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0040

SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2017 #0004

Mein Zeichen: KE 5 - 9A 9160/2-671

Datum: 11.12.2017

TEL +49 3018 333

FAX +49 3018 333

 info@bfe.bund.de

 info@bfe.de-mail.de

www.bfe.bund.de

Schachtanlage Asse II

Ablehnung des Antrags auf Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung 004/2017 „Neuaufnahme der Unterlage ‚Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung‘, Stand 11.04.2017“

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 15.06.2017 /1/ erteile ich folgenden Bescheid:

I. Entscheidung

Hiermit lehne ich den Antrag auf Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung (MzÄ) 004/2017 „Neuaufnahme der Unterlage ‚Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung‘, Stand 11.04.2017“ ab.

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ BGE/SE 6.1, Az. SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0037, SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0040, SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2017 #0004, Schachtanlage Asse II, Übergabe Mitteilung zur Änderung, vom 15.06.2017.
- /2/ BGE/SE 6.1, Mitteilung zur Änderung, BGE-KZL 9A/65221000/DA/AY/1259/00, Stand 07.06.2017, vorgelegt mit /1/.



Seite 2 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

- /3/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 004/2017, BGE-KZL 9A/65221000/DA/BE/2028/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0582/00, Stand 20.04.2017, vorgelegt mit /1/.
- /4/ Asse-GmbH, Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung, BGE-KZL 9A/62240000/JB/JD/0005/00, Asse-KZL 9A/62240000/WET/WE/DA/0002/01, Stand 11.04.2017, vorgelegt mit /1/.
- /5/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff „Schachtanlage Asse II: MzÄ 037/2016, 040/2016, 004/2017“, vom 16.08.2017.
- /6/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Re: Schachtanlage Asse II: MzÄ 037/2016, 040/2016, 004/2017“, vom 29.08.2017.
- /7/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2010 – für den Umgang mit radioaktiven Stoffen gem. § 7 StrlSchV des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 08.07.2010.
- /8/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2011 – für den Umgang mit Kernbrennstoffen gem. § 9 AtG des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 21.04.2011.
- /9/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 2/2016 – Ertüchtigung des Probenentnahmesystems im Fortluftstrom gemäß § 7 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 22.03.2016.
- /10/ BfS, Vorgehen bei Änderungen – Schachtanlage Asse II – Qualitätsmanagementverfahrensanweisung QMV 04.3, BfS-KZL 9X/115200/CA/JH/0036/02, Stand 11.08.2014.
- /11/ Asse-GmbH, Schachtanlage Asse II – Arbeitsanweisung Sonderbewetterung, BfS-KZL 9A/13236000/CA/J/0006/05, Asse-KZL 9A/55110000/SON/LA/DA/0009/09, Stand 29.07.2016.
- /12/ Asse-GmbH, STS-FAW-020 – Routinemäßige Überwachung der Grubenwetter in der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/65153000/LG/BT/0003/01, Asse-KZL 9A/65151000/01STS/LG/DF/0001/01, Stand 10.01.2014.



Seite 3 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

- /13/ Asse-GmbH, Systembeschreibung Bewetterung der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/62240000/GV/E/0001/00, Asse-KZL 9A 62240000/W/GV/LA/0001/00, Stand 25.11.2010.
- /14/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 008/2017, BfS-KZL 9A/65221000/DA/BE/2002/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0587/00, Stand 10.03.2017.
- /15/ BfE/KE5, Zustimmung zur MzÄ 008/2017, Az. KE 5 - 9A 9160/2-658, vom 08.05.2017.
- /16/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 037/2016, BGE-KZL 9A/65221000/DA/BE/2031/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0560/00, Stand 20.04.2017.
- /17/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff: „Schachtanlage Asse II: Entwurf der Ablehnung zur MzÄ 004/2017“, mit Anhang /18/, vom 27.09.2017.
- /18/ BfE/KE 5, Ablehnungsentwurf zum Bescheid KE 5 – 9A 9160/2-671, vom 27.09.2017, vorgelegt mit /17/.
- /19/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Fristverlängerung Anhörung Ablehnungsentwürfe MzÄ 037/2016 und 004/2017“, vom 04.10.2017.
- /20/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff: „Re: Fristverlängerung Anhörung Ablehnungsentwürfe MzÄ 037/2016 und 004/2017“, vom 05.10.2017.
- /21/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Stellungnahmen Ablehnungsbescheide MzÄs 037/2016 und 004/2017“, mit Anhängen /22, 23/, vom 13.11.2017.
- /22/ BGE/SE 4.3.2, Vermerk, Az. 9A/65221000/DA/BV/0337/00/B2767956, Stand 09.11.2017, Anhang von /21/.
- /23/ Asse-GmbH, „Stellungnahme Asse GmbH MzÄ 037_2016 und 004_2017“, Anhang von /21/.

II. Begründung

Mit Schreiben /1/ beantragt der Betreiber die Zustimmung der atomrechtlichen Aufsicht zur Mitteilung zur Änderung 004/2017 „Neuaufnahme der Unterlage ‚Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung‘, Stand 11.04.2017“.



Seite 4 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

Zum Entwurf meines Ablehnungsbescheids vom 27.09.2017 /18/ nahm der Betreiber am 13.11.2017 Stellung /21, 22, 23/ und stimmte dem Ablehnungsentwurf weitestgehend zu.

Die Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung /4/ soll in das strahlenschutzrelevante betriebliche Regelwerk aufgenommen werden.

Gemäß Auflage 28 des Genehmigungsbescheids 1/2010 /7/ bedürfen Änderungen am strahlenschutzrelevanten betrieblichen Regelwerk einschließlich der Anweisungen der Prüfung und Zustimmung des Bundesamtes für Strahlenschutz in seiner Funktion als Endlagerüberwachung.

Nach §§ 23d Nr. 2 i.V.m. 19 Abs. 5 AtG ist das BfE als atomrechtliche Aufsichtsbehörde zuständig für die Aufsicht über Anlagen des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG und die Schachtanlage Asse. Ihr obliegt damit als Nachfolger der Endlagerüberwachung des BfS die Prüfung der Einhaltung der atom- bzw. strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen sowie der geltenden Erlasse.

Meine Prüfung hat ergeben, dass die mit /1/ vorgelegten Unterlagen zur MzÄ 004/2017 /2, 3, 4/ Mängel enthalten. Nachfolgend wird beispielhaft aufgezeigt, dass die Unterlagen teilweise a) unvollständig, b) nicht nachvollziehbar sowie c) fehlerhaft sind.

a) Beispiele für Unvollständigkeit

In den Unterlagen /2, 3/ wird keine Einstufung der Unterlage /4/ in das unter- oder übergeordnete strahlenschutzrelevante betriebliche Regelwerk vorgenommen. Gemäß Qualitätsmanagementverfahrensanweisung (QMV) 04.3 /10/ ist diese jedoch vorzunehmen.

Gemäß Genehmigungsunterlage 24 /13/ des Genehmigungsbescheids 1/2011 /8/ umfasst das System der durchgehenden Bewetterung des Grubengebäudes im bestimmungsgemäßen Normalbetrieb zwei Betriebszustände: den Naturzug und die Zwangsbewetterung (letztere „in der Größenordnung von 3.500 bis 4.000 m³/min“ /13/). Ein Zustand mit verringerter Bewetterung durch Drosselung des Lüfters, wie in den Kapiteln 6.1.3 und 6.2.3 von /4/ beschrieben, ist kein genehmigter Betriebszustand.

Zudem wird in o.g. Genehmigungsunterlage zur Zwangsbewetterung ausgeführt: „Dieser Betriebszustand besteht grundsätzlich immer während des lau-

fenden Bergwerksbetriebs. Der HGL läuft permanent, ausgenommen während der regelmäßig durchzuführenden Revisionen oder von Instandhaltungsmaßnahmen [...], die Abschaltungen notwendig machen.“ Die Regelung, dass die Hauptbewetterungseinrichtung grundsätzlich durchlaufen muss, fehlt in der vorgelegten Dienstanweisung /4/.

Im Entwurf dieses Bescheids /18/ merkte ich an, dass in der Dienstanweisung /4/ Hinweise zur Stellung der Wettertore fehlen. Dazu stellt der Antragsteller in /22/ fest, dass die Frage des BfE nach der Stellung der Wettertore in /18/ nicht eindeutig sei. Daher ergänze ich, dass in /4/ im Allgemeinen erkennbar sein muss, welche Stellung die relevanten Wettertore haben bzw., dass Wettertore beim Umschalten zwischen Hauptgrubenlüfter und Ersatzlüfterbatterie geöffnet/geschlossen werden müssen. Das im Entwurf /18/ genannte Beispiel zu Kapitel 6.1.1 bezieht sich auf das Wettertor zwischen Hauptgrubenlüfter und Abwettertrum im Schacht 2, das beim Betrieb der Ersatzlüfterbatterie geschlossen ist und beim Einschalten des Hauptgrubenlüfters zu öffnen ist.

Gemäß Kapitel 6.1 von /4/ wird die Absperrklappe am Hauptgrubenlüfter elektrisch angesteuert. Es ist weder ersichtlich, ob diese Steuerung von unter- oder übertage erfolgt noch durch welche Person. Die Ergänzung des Betreibers in /22/, dass die Steuerung der Absperrklappen des Hauptgrubenlüfters von untertage erfolge, ist in die Dienstanweisung /4/ aufzunehmen.

In Kapitel 6.1.2 von /4/ ist zu präzisieren, wann die Absperrklappe am Hauptgrubenlüfter geschlossen werden kann.

Gemäß Kapitel 6.2 in /4/ sind die fünf Absperrklappen der Ersatzlüfterbatterie „mit dem Einschalten“ zu öffnen. Da das gleichzeitige Öffnen der Klappen nicht möglich ist, ist hier eine Präzisierung erforderlich.

Es geht aus der Unterlage /4/ nicht eindeutig hervor, wer den Hauptgrubenlüfter steuert. Gemäß den Kapiteln 6.1.1 bis 6.1.3 „veranlasst“ die Zentrale Warte lediglich das Ein- und Ausschalten sowie die Drosselung des Hauptgrubenlüfters.

In Kapitel 5.1 /4/ heißt es: „Sollte für den Befahrungszweck die hohe Wettergeschwindigkeit stören, so ist entsprechend [...] zu verfahren“. Unklar bleibt, wer entscheidet, ob die Geschwindigkeit „stört“.

In Kapitel 7 der Dienstanweisung /4/ fehlt die Information, ob die Klappen am Y-Stück der Radonbohrung von über- oder untertage gesteuert werden sowie durch welche Person.



Seite 6 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

In Kapitel 8 von /4/ fehlt die Regelung, dass die Stillstandzeiten vom Fördermaschinenisten zu dokumentieren sind (vgl. Kapitel 2 in /16/).

Es fehlen Regelungen für die Schaltung des Y-Stücks der Leitung der Abwetter aus der MAW-Kammer. Gemäß /14, 15/ sollen die Abwetter der MAW-Kammer gefasst, und mittels Sonderbewetterungseinrichtung dem Hauptgrubenlüfter oder der Ersatzlüfterbatterie, je nachdem welche Maschine betrieben wird, zugeführt werden.

b) Beispiele für mangelnde Nachvollziehbarkeit

Die Meldekettens sind zum Teil nicht eindeutig nachvollziehbar. Beispielsweise heißt es in Kapitel 5.5 von /4/: „Die zentrale Warte informiert den Fördermaschinenisten, die Grubenaufsicht und die Faktenerhebung über den Ausfall.“ Es ist nicht klar, zu welchem Zeitpunkt diese Information erfolgen soll. Der Kontext impliziert, dass zuerst die Kontrolle durch den Elektrobetrieb erfolgt. Dieses Vorgehen könnte dazu führen, dass die Faktenerhebung nicht innerhalb der geforderten 15 Minuten informiert wird (vgl. /8, 11/). In /18/ habe ich zudem ausgeführt, dass nicht nachvollziehbar sei, weshalb der Strahlenschutz nicht informiert werde. Der Strahlenschutz habe gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zur Grubenwetterüberwachung zu ergreifen /13/. Der Antragsteller führt zu Letzterem in /23/ aus, dass mit der Information der Faktenerhebung die dort anwesenden Strahlenschutzingenieure informiert seien, die entsprechende Entscheidungen treffen und ggf. den SSB informieren. Daher beabsichtige der Antragsteller keine Änderung in der Dienstanweisung /4/ vorzunehmen.

Weiterhin sind die Verantwortlichkeiten in Kapitel 4 nicht nachvollziehbar. Beispielsweise sind weder Betriebsführung noch Strahlenschutz als verantwortliche Personen aufgeführt.

Der Aufbau der Unterlage /4/ ist unübersichtlich. Dadurch ist das Risiko von Fehlern erhöht. Die Unübersichtlichkeit ist u.a. auf Dopplungen, insbesondere in den Kapiteln 5 bis 8 zurückzuführen. Beispielsweise regeln sowohl die Kapitel 7.1 und 7.2 als auch 6.1.2 und 6.2.2 die Abschaltung des Hauptgrubenlüfters bzw. der Ersatzlüfterbatterie. Zudem sollte – sofern sinnvoll – auf einen analogen Aufbau vergleichbarer Kapitel geachtet werden. Beispielsweise wird auf die Position der Klappe des Hauptgrubenlüfters in den untergeordneten Kapiteln 6.1.1 und 6.1.2 eingegangen, die Position der



Seite 7 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

Klappen der Ersatzlüfterbatterie wird nur im übergeordneten Kapitel 6.2 erläutert.

In Kapitel 4 von /2/ werden acht zu ändernde Unterlagen aufgeführt. Die Auswahl der Unterlagen ist mangels Begründung (beispielsweise in Kapitel 2) nicht nachvollziehbar. Es ist z.B. nicht ersichtlich, welche Änderungen an der STS-FAW 020 /12/ vorgenommen werden sollen.

Gemäß Kapitel 7 von /4/ ist, zum Wechsel des Wetterwegs der Radonbohrung „eine Reduzierung der Drehzahl der Radonbohrung auf ein Minimum erforderlich“. Der Begriff „Minimum“ ist nicht ausreichend präzise.

Der Titel des Kapitels 8 „Maßnahme bei reduzierter Bewetterungsmenge“ wird dem tatsächlichen Inhalt nicht gerecht, da darin der Fall eines gleichzeitigen Ausfalls des Hauptgrubenlüfters und der Ersatzlüfterbatterie betrachtet wird. Zudem sollte hier ergänzt werden, welche Klappen- bzw. Wettertorstellungen den Naturzug ermöglichen. Außerdem ist auch hier eine Meldekette (analog Kapitel 5.5) zu regeln.

Hingegen impliziert der Titel des Kapitels 5.5 „Unplanmäßiger Ausfall der HBE“, dass hier das Verfahren bei Ausfall der kompletten Hauptbewetterungseinrichtung geregelt ist. Der Text bezieht sich jedoch lediglich auf den Ausfall eines der beiden Systeme.

c) Beispiele für fehlerhafte Aussagen

In Kapitel 3 wird von „Auswahl der HBE“, in Kapitel 4 von der „gewählten HBE“ gesprochen. Diese Formulierungen sind nicht korrekt, da es nur eine Hauptbewetterungseinrichtung gibt.

Im Ergebnis meiner Prüfung stelle ich fest, dass der Mitteilung zur Änderung 004/2017 „Neuaufnahme der Unterlage ‚Dienstweisung Hauptbewetterungseinrichtung‘, Stand 11.04.2017“ nicht zugestimmt werden kann.

III. Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 und Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 5 Absatz 1 Nr. 2 und 7 AtKostV. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.



Seite 8 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-671 vom 11.12.2017

IV. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Krausenstraße 17 - 18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag